

**Dringlicher Berichts Antrag****Fraktion der Freien Demokraten****Antisemitismus-Vorwürfe gegen die documenta**

Im Frühjahr 2022 wurden durch einen Bericht auf dem Blog des „Bündnis gegen Antisemitismus Kassel“ Antisemitismus-Vorwürfe gegen die documenta laut. Im Kern kritisierte das Bündnis insbesondere zwei Mitglieder des Kuratorenkollektivs „Ruangrupa“, dem die künstlerische Leitung der documenta übertragen wurde. Beide hätten, so das Bündnis, in der Vergangenheit antizionistische und israelfeindliche Positionen vertreten. Darüber hinaus erhebt das Bündnis auch Vorwürfe gegen das eingeladene palästinensische Künstlerkollektiv „The Question of Funding“.

Um den anhaltenden Diskussionen auch öffentlich Raum zu geben, wurde zunächst eine Diskussionsreihe mit dem Titel „We need to talk! Art – Freedom – Solidarity“ geplant, vom Team der documenta nach Kritik unter anderem des Zentralrates der Juden in Deutschland jedoch wieder abgesagt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann hat die Landesregierung Kenntnis über die Vorwürfe gegen die verschiedenen Beteiligten der documenta?
2. Wie hat die Landesregierung von den Vorwürfen Kenntnis erlangt?
3. Wie ordnet die Landesregierung die Kritik an der documenta ein?
4. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass beteiligte Personen an der documenta antisemitische Positionen vertreten?
5. Wann hat die Landesregierung mit wem Gespräche über die Vorwürfe geführt?
6. Wie hat die Landesregierung entschieden, wen sie bei diesen Gesprächen einbindet?
7. Wie steht die Landesregierung mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Kontakt?
8. Hat die Landesregierung vor der Einladung zu der Diskussionsreihe „We need to talk“ ein Gespräch mit dem Zentralrat der Juden Hessen geführt?
9. Hat die Landesregierung vor der Einladung zu der Diskussionsreihe Gespräche mit anderen Interessenverbänden geführt?
10. Hielt die Landesregierung den Aufbau der Gesprächsreihe, insbesondere die Auswahl der Themen und Gäste, für angemessen?
11. Wenn nein: Was war bezüglich der Gesprächsreihe ihre Kritik?
12. Findet die Landesregierung es richtig, dass die Gesprächsreihe nach Kritik wieder abgesagt wurde?
13. Plant die Landesregierung weitere Schritte, um den Antisemitismus-Vorwürfen gegen die documenta nachzugehen?
14. Welche weiteren Schritte erwartet die Landesregierung von den Verantwortlichen der documenta?

15. Wie will die Landesregierung vorgehen, sollte sich in Zukunft ein ähnlicher Vorfall wieder ereignen?
16. Wie steht der Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung, Uwe Becker, zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der documenta?
17. Mit welchen Interessengruppen stand bzw. steht der Antisemitismusbeauftragte zu den Vorgängen in Kontakt?
18. Hat der Antisemitismusbeauftragte zu den Vorgängen öffentlich Stellung bezogen?
Wenn nein: Warum nicht?

Wiesbaden, 2. Juni 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock